

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Reinhard Lauterbach

31.08.2020

BELARUS

## An Minsk Seite

*Moskau stellt »Reserve« an Einsatzkräften für etwaige Eskalation in Belarus auf. Kritik aus dem Westen*



**Dmitri Lovetsky/REUTERS**

*Einsatzkräfte am Platz der Unabhängigkeit im Zentrum von Minsk am Mittwoch*

Russland hat eine »Reserve« an »Sicherheitskräften« für einen möglichen Einsatz in Belarus aufgestellt. Das teilte Präsident Wladimir Putin am Donnerstag in einem kurzfristig angekündigten Fernsehinterview mit. Nach seinen Worten geht die Aufstellung der Truppe auf eine Bitte des belarussischen Staatspräsidenten Alexander Lukaschenko zurück. Diese solle aber nur eingesetzt werden, wenn die Lage im Nachbarland »außer Kontrolle« gerate und die Demonstranten zu Brandstiftungen, Plünderungen, Gewalt gegen Personen oder der Besetzung von Amtsgebäuden übergingen. Putin betonte außerdem, Russland werde einzig auf Ansuchen der belarussischen Seite eingreifen und habe, wenn dies eintrete, hierzu die rechtliche Grundlage im Unionsvertrag mit Belarus

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

sowie in dem Statut der »Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit« (OVKS), der beide Länder angehören.

In Westeuropa lösten diese Äußerungen scharfe Kritik aus. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg forderte Russland gegenüber *Bild* auf, von einer »Einmischung« abzusehen. Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sprach gar von einer angeblich geplanten »militärischen Intervention«, von der Moskau Abstand nehmen möge. Am Mittwoch hatte Morawiecki sämtliche Oppositionsparteien – auch das Linksbündnis – auf eine einheitliche Haltung in der Belarus-Politik eingeschworen und war auf keinen Widerstand gestoßen. Unterdessen weitete Warschau seine »Unterstützung« für die belarussische Opposition aus: Die Grenzen wurden für Lukaschenko-Gegner geöffnet, das Asylverfahren soll maximal beschleunigt werden.

Die polnischen Universitäten starteten ein Stipendienprogramm für Studierende aus Belarus, denen wegen ihrer Beteiligung an den Protesten Nachteile drohten. Von einer Relegation Studierender von den belarussischen Hochschulen ist bisher noch nichts bekanntgeworden. Lukaschenko hatte allerdings Studenten, die »statt zu lernen« »abends protestieren«, angedroht, ihre Rückstellungen vom Wehrdienst aufzuheben, so dass sie zum Militär eingezogen würden.

Am Donnerstag abend kam es in Minsk erneut zu einer Festnahmeaktion der Sonderpolizei OMON. Angehörige der Truppe umstellten auf dem Unabhängigkeitsplatz eine Versammlung von etwa 1.000 Demonstranten und nahmen ein geschätztes Drittel von ihnen fest – ausschließlich Männer. Frauen, Kinder und alte Leute wurden durch den Kordon hindurchgelassen und aufgefordert, nach Hause zu gehen. Unter den Festgenommenen waren auch etwa 30 belarussische und russische Journalisten. Sie kamen nach der Feststellung ihrer Personalien und Durchsuchung ihrer Kameras im Laufe der Nacht wieder frei, die Russen wurden des Landes verwiesen.

Die Proteststreiks in belarussischen Staatsbetrieben sind offenbar in der Zwischenzeit eingeschlafen oder zurückgegangen. Zumindest erklärten die Direktoren etlicher staatlicher Industrieunternehmen am Donnerstag gegenüber Lukaschenko, ihre Betriebe arbeiteten »wie vorgesehen«. Der Präsident beschwerte sich allerdings auf dem Treffen mit den Direktoren darüber, dass weiterhin Agitatoren an den Fabrikatoren die Arbeiter »belästigen«.

Unterdessen meldete sich der frühere Parlamentsvorsitzende Stanislaw Schuschkewitsch, einer der Totengräber der UdSSR, mit der Forderung zu Wort, dem Russischen den Status der Staatssprache wieder abzuerkennen. In Belarus könne nur das Belarussische Staatssprache sein, sagte Schuschkewitsch sinngemäß in einem Interview auf dem Youtube-Kanal »I grenul Grem«. 1995 hatten in einer Volksabstimmung 83,3 Prozent der Teilnehmer dafür gestimmt, Russisch zur zweiten Staatssprache zu machen. Bei der Volkszählung von 2009 gaben 70 Prozent der Befragten an, im Alltag Russisch zu sprechen.

**Junge Welt 29.08.2020**